

## **Gebt der Demokratie, was der Demokratie zusteht** ***Stellungnahme der Deutschen Evangelischen Allianz 1994***

*Der Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz hat sich in seinen letzten Sitzungen u.a. mit der Frage befaßt, ob und in wieweit die Deutsche Evangelische Allianz öffentliche Verantwortung wahrzunehmen hat. Dabei hat sich die Überzeugung ergeben:*

Wir leben in einer demokratischen Gesellschaft, in der jeder Bürger aufgefordert ist, sich auch an der Gestaltung des politischen Lebens zu beteiligen. Die im demokratisch verfaßten Rechtsstaat vorhandenen weitgehenden Möglichkeiten einer konstruktiv-kritischen Begleitung und Mitwirkung sind uns Gabe und Aufgabe zugleich. Die biblischen Aussagen über die Gemeinde Jesu Christi als „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ stellen uns gesellschaftlich unausweichlich in die Mitverantwortung. Die Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung unseres Gemeinwesens sind keine Sache privater Beliebigkeit. Für Christen sind sie vielmehr Herausforderungen zum praktischen Gehorsam in der Nachfolge Jesu. Wir laden dazu ein, neu mit uns darüber nachzudenken, was unter heutigen Gegebenheiten die Aktualisierung des Gebots Jesu bedeutet; nämlich **der Demokratie zu geben, was der Demokratie zusteht, und Gott, was Gottes ist** (vgl. Mt. 22,21).

Gerade in einer Zeit zunehmender Resignation und Politikverdrossenheit sollen Christen Hoffnungsträger sein. Aus der Bindung an Gottes Wort haben sie die Freiheit, auch gegen den allgemeinen Trend, Verantwortung wahrzunehmen. Wir ermutigen deshalb Christen, öffentliche Aufgaben vor Ort, wie z.B. in der Nachbarschaftshilfe, in der Schule, an der Universität, am Arbeitsplatz zu übernehmen. Wir bitten auch, entsprechend begabte Mitchristen zum direkten politischen Engagement in Parteien und Parlamenten zu ermutigen und darin zu unterstützen.

Der Rückblick auf die ersten 50 Jahren der Geschichte der Evangelischen Allianz in Europa (in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) zeigt, daß die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung einer der Aufgabenschwerpunkte bildete. Damals ging es zum Beispiel um den Einsatz

- gegen Völkermord;
- zur Ächtung und Abschaffung der Sklaverei;
- gegen die Verelendung durch wirtschaftliche Ausbeutung;
- für umfassende Glaubens- und Gewissensfreiheit;
- für die gesellschaftliche und kirchliche Anerkennung der Freikirchen.

Die geschichtlichen Erfahrungen der Evangelischen Allianz ermutigen uns, beim politischen Engagement nicht nur auf kurzfristige Erfolge zu hoffen, sondern als richtig Erkanntes jeweils erneut zur Sprache zu bringen.

Auch heute ist dann politische Mitwirkung geboten, wenn eindeutig und direkt Gottes Gebote tangiert sind. Dies betrifft vor allem folgende Bereiche:

1. Würde des Menschen;
2. Glaubens- und Gewissensfreiheit;
3. Schutz für ungeborene Menschen;
4. Förderung von Ehe und Familie.
5. Verantwortung für das Leben künftiger Generationen;
6. Fragen medizinischer Ethik, wie Sterbehilfe, Gentechnologie etc;
7. Friede und soziale Gerechtigkeit;
8. Schutz der Umwelt;

Wir bitten die Christen in unserem Land, ihre Wahlentscheidungen vorrangig davon abhängig zu machen, wie die zu Wählenden in diesen elementaren Fragen menschlicher Existenz votieren.

Nicht zuletzt erinnern wir nachdrücklich an die allen Christen aufgetragenen Fürbitte für die Verantwortungsträger in Politik und Gesellschaft.

Stuttgart, den 6. Juni 1994

Der Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz

Dr. Rolf Hille  
Vorsitzender

Hartmut Steeb  
Generalsekretär